

Etatrede

der Vorsitzenden der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Rat der Stadt Essen

Hiltrud Schmutzler-Jäger

**vor dem Rat der Stadt Essen
am 28. November 2018**

Schlafwagen „GroKo“ auf dem Abstellgleis

Sperrfrist:
28. November 2018, Ende der Rede
Es gilt das gesprochene Wort!

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Gäste, Zuhörerinnen und Zuhörer

seit dem Tag, an dem CDU und SPD vollmundig über die lokalen Medien (21. September) angekündigt haben: „*Etat-Plus lässt Rats-GroKo neue Pläne schmieden!*“ waren wir überrascht und haben gleichzeitig gehofft, dass die GroKo wach geworden ist, die Zukunft gestalten will und wir uns mit zig Haushaltsanträgen auseinandersetzen müssen. Was ist passiert?

Nichts!

Wie schon zum Doppelhaushalt 2017/18, gibt es also auch heute zur Haushaltsverabschiedung wieder einmal keine Haushaltsanträge und damit keine politische Schwerpunktsetzung der Großen Koalition.

Und das ist in vielerlei Hinsicht fatal!

Zum einen überlassen SPD und CDU so die Diskussion über die Zukunft der Stadt allein der Opposition und vermitteln damit den Eindruck, dass sie entweder keinen akuten Handlungsbedarf sehen oder, dass sie bereits alle Entscheidungen vorab im stillen Hinterkammerlein getroffen haben.

Dabei gibt es jede Menge Themen und dringend zu lösende Probleme in unserer Stadt, über die es sich zu diskutieren oder auch um die beste Lösung zu streiten lohnt:

- z.B. beim Dieselfahrverbot in Zusammenhang mit einer dringend benötigten kommunalen Verkehrswende,
- bei der Digitalisierung und Vorbereitung der städtischen Mitarbeiter*innen auf die sich verändernde Arbeitswelt,
- bei einer zukunftsfähigen Schulentwicklungs- und Stadtplanung, der Sicherung und Beschaffung von bezahlbarem Wohnraum,
- bis hin zur Integration von Geflüchteten und den hier immer noch nur geduldeten Menschen.

Letztlich war es aber auch absehbar, dass die GroKo nicht aus ihrem Tiefschlaf erwachen wird. Denn allein ein Blick auf die letzten 2 Jahre zeigt, dass es in den Fachausschüssen schon lange keine echten Diskussionen mehr gibt und sich stattdessen gähnende Leere breit macht.

Ein besonders eindrückliches Beispiel für die Handlungsunfähigkeit der GroKo war die Auseinandersetzung um den möglichen Standort einer – dringend benötigten – neuen Gesamtschule im Essener Norden. Hier hätten wir erwartet, dass gerade die SPD, die sich ja immer als Vertreterin für die Interessen der im Essener Norden lebenden Menschen verstanden wissen will, ein hohes Interesse daran hat, gerade im Norden dem dringenden Bedarf nach mehr Gesamtschulplätzen möglichst zügig

mit dem Bau einer der besten Vorzeige – Gesamtschulen zu begegnen.

Aber Fehlanzeige!

Stattdessen verstrickt sich die GroKo fast ein ganzes Jahr lang in die Suche nach alternativen Standortvorschlägen zum einvernehmlich zwischen der Verwaltung und den Fachämtern abgestimmten Standort an der Erbslöhstraße.

Und mit welchem Ergebnis?

Nach einem ganzen verlorenen Jahr und der Prüfung von insgesamt 30 Alternativstandorten stimmen SPD und CDU der Erbslöhstraße dann doch noch zu!

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen,

eine veränderungsbereite und zukunftsorientiertere Auseinandersetzung der GroKo hätten sich Grüne auch bei dem Verwaltungsvorschlag zur „integrierten Sportentwicklung in Essen“ gewünscht.

Aber auch hier wieder Fehlanzeige!

Denn die von der Sportdezernentin im letzten Sportausschuss eingebrachte Vorlage zur „Sportentwicklungsplanung in Essen“ wurde ganz schlicht mit einem kurzfristig von der GroKo eingebrachten Antrag abgebügelt. Die von der Verwaltung für 2019 eingeplanten Finanzmittel in Höhe von 90.000,- Euro für die Vergabe eines Gutachtens zur Sportentwicklungsplanung wurden kurzerhand gestrichen, um sie für die Sanierung von Turn- und Sporthallen einzusetzen.

Dabei hat gerade der Sport – und für diesen Einsatz, liebe Frau Raskob, möchten Grüne Ihnen und auch dem Kämmerer, Herrn Grabenkamp, ausdrücklich danken – zum ersten Mal seit fast 10 Jahren im Wirtschaftsplan 2019 über 1 ½ Mio. Euro mehr für Sanierungsmaßnahmen von Sportanlagen und Turnhallen zur Verfügung gestellt bekommen.

Und die 90.000,- Euro wären eine gute Investition in die Zukunft des Sports und damit einer gesundheitsbewussten und sozialen Stadtgesellschaft gewesen. Denn zig Studien belegen, dass immer mehr Hobby- und Freizeitsportler*innen außerhalb klassischer Vereinsstrukturen Sport treiben. Auch diese Chance, einem veränderten Bewegungs- und Freizeitbedürfnis unser Bürgerinnen und Bürger über einen Sportentwicklungsplan neue Impulse zu geben, hat die GroKo hier vertan!

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Sie, Herr Grabenkamp, als Kämmerer haben in Ihrer Rede zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfs mit der frohen Botschaft geschlossen, dass der vorliegende Haushalt 2019 nach Jahrzehnten der erste Haushalt ist, der

gezielte Investitionen in die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt erlaubt.

Diese Chance wollen Grüne - anders als die GroKo - auch im Sinne einer sozialen, ökologischen und nachhaltigen Stadtentwicklung nutzen.

Leider steht dieser Spielraum auf sehr wackeligen Füßen!

Das kommende, kurze Haushaltsjahr 2019 können wir mit der letzten Stärkungspaktzuwendung in Höhe von 30 Mio. Euro wahrscheinlich noch ganz gut bewältigen.

Spannender dagegen ist die Frage, ob wir ab 2020 den erforderlichen Haushaltsausgleich dann ohne die Hilfen aus dem Stärkungspktgesetz schaffen werden.

Hierzu kann ich nur sagen, wenn allein die von Verdi geforderte Tarifsteigerung von 6% für den öffentlichen Dienst - für 6.200 Tarifbeschäftigte - abgeschlossen würde, schließe dies mit Mehrkosten von 14 Mio. Euro zu Buche. Würde die Tarifsteigerung auch für die Beamten übernommen, kämen weitere 5 Mio. Euro dazu. Dass im Etat nur ein kleines Plus von 1% Tarifsteigerung eingeplant wurde, lässt ahnen, mit welcher heißen Nadel der Haushalt gestrickt ist und dass er leider nur kosmetisch gut aussieht.

Denn die nackte Wahrheit ist auch, dass wir ohne

- die Stärkungspaktmittel von über 500 Mio. Euro,

- die guten Gewerbesteuereinnahmen,

- die einmalige RWE-Sonderdividende aus der Rückzahlung der Kernbrennstoffsteuer (in 2018 rund 19 Mio. Euro),

- die Landesmittel aus „Gute Schule 2020“,

- die Weiterleitung der Integrationspauschale und

- die Bundesmittel aus dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz (KinvFöG II)

weder einen ausgeglichenen Haushalt noch einen Überschuss erwirtschaftet hätten.

Auch die Allbau GmbH mit ihren Ausschüttungen an die Stadt hat in erheblichem Maße dazu beigetragen, die städtischen Finanzen zu sanieren. Allein in 2019 soll die Allbau GmbH die vom Rat beschlossene - und über 2 Jahre angesparte - Dividende von stattlichen 44 Mio. Euro an die Stadt ausschütten und hat dann in der Zeit zwischen 2016 bis 2020 insgesamt über 84 Mio. Euro - und damit eine 90 prozentige Gewinnausschüttung - an die Stadt abgeführt.

Sie hat damit im Vergleich zu anderen kommunalen

Wohnbaugesellschaften weit über das übliche Maß an die Stadt abgeführt.

Wenn wir allerdings weiterhin so viel Stadtentwicklungsarbeit von der Allbau GmbH erwarten, können wir sie nicht gleichzeitig als dauerhafte

Melkkuh für unseren Haushaltsausgleich nutzen.

Vor wenigen Tagen wurde Allbau-Geschäftsführer Dirk Miklikowski in der WAZ mit dem Satz zitiert, die städtische Wohnungsgesellschaft gebe für Baugrundstücke gar keine Gebote mehr ab, wenn sich dafür auch private Investoren interessierten. Denn mit den Preisen, die Projektentwickler aufriefen, könne die Allbau GmbH kaum noch mithalten.

Dies verweist auf ein zentrales Problem der Stadtentwicklung und des Wohnungsbaus.

Da die Stadt Essen und ihre Tochtergesellschaften einen gravierenden Mangel an Flächen für den Bau von Kitas, Schulen oder den öffentlich geförderten Wohnraum haben, schlagen wir in unserem Antrag zum Verkauf von RWE-Aktien vor, diese Erlöse werterhaltend und gemeinwohlorientiert in einen „Local Hero“ - die Allbau GmbH - zu investieren.

Zudem bleibt uns das altbekannte, größte Problem und Risiko eines über 3 Mrd. Euro schweren Schuldenbergs mit den bundesweit höchsten Liquiditätskrediten - von über 2 Mrd. Euro - weiter erhalten.

Eine erste Lösung wäre, wenn uns das Land – wie in der Koalitionsvereinbarung von CDU und FDP festgehalten – zumindest erstmal mit einer nachhaltig wirkendenden „kommunalen Kredithilfe“ - z. B. mit der NRW Bank – helfen würde, den aktuell niedrigen Zinssatz zu sichern.

Ein weiteres, enormes Risikopotential liegt in der Grundsteuerreform, zu der es aufgrund eines Urteils des Bundesverfassungsgerichtes spätestens bis Ende 2019 kommen muss. Bislang gibt es zwar viele Diskussionen darüber, wie eine gerechte Grundsteuerreform aussehen könnte, leider wird es aber - mit Blick auf die Ausgestaltung der neuen Grundsteuer - so schnell keine Verständigung zwischen Bund und Ländern geben. Denn die ersten Bundesländer laufen schon Sturm gegen den Vorschlag des Bundesfinanzministers Olaf Scholz, der die Grundstücke zukünftig individuell berechnen lassen will. Die Zeit rennt allmählich davon und im schlimmsten Fall steht die Stadt Essen Ende des nächsten Jahres ohne ihre rund 134 Mio. Euro Einkünfte aus der Grundsteuer dar.

Auch das würde auf jeden Fall unseren Haushaltsausgleich kippen!

So zeichnen sich für uns Grüne im Gegensatz zum Kämmerer in Abwägung all der hier genannten Risiken eher kaum zu bewältigende Turbulenzen als eine plakative, schwarze Null ab. Denn die schimmert bereits jetzt schon rot!

Positiv hervorzuheben ist dagegen, dass wir zusätzlich zu den finanziellen Zuwendungen aus dem Investitionsprogramm „Gute Schule 2020“ und den Mitteln, die uns der Bund im Rahmen des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes (KinvFöG II) zur Verfügung stellt, im kommenden Haushaltsjahr bis 2022 mit über 68 Mio. Euro städtischer Mittel den größten Investitionsschwerpunkt auf die Sanierung

und den Neubau von Schulen und Turnhallen legen. Denn das sind in der Tat dringend notwendige Investitionen in die Zukunft, die aber auch endlich durch eine aktuelle und nachhaltige Schulentwicklungsplanung gesteuert werden muss, die die GroKo bisher aufgrund unterschiedlichster Partikularinteressen schleifen lassen hat.

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen,

der zweitgrößte Investitionsschwerpunkt in 2019 wird mit 51 Mio. Euro in die Straßeninfrastruktur gelegt. Teile dieser Mittel für die Erneuerung von Haupt- und Nebenstraßen möchten wir Grüne als Kompensation für unseren Haushaltsschwerpunkt der „Einleitung einer Verkehrswende“ und damit der Veränderung des Modal Splits zugunsten des Rad- und öffentlichen Personennahverkehrs heranziehen.

Da wir beim Radverkehr von einem Modal Split von 25% noch Lichtjahre entfernt sind und der Radverkehr auch bei den Lead-City-Maßnahmen leider mit nur 500.000,- Euro viel zu kurz kommt, sehen wir hier dringenden Förderbedarf.

Deshalb setzen wir uns mit unseren Haushaltsanträgen auch für eine verbesserte Förderung des Radverkehrs ein und wollen unter anderem zusätzliche 2,4 Mio. Euro in das Radverkehrs-Haupttroutennetz, den Ausbau des Radschnellroutennetzes, die Instandhaltung und Reinigung von Radwegen und die Anschaffung von 20 Dienst-Pedelecs investieren.

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen, meine Herren,

aus aktuellem Anlass möchte ich noch kurz auf das Dieselfahrverbot eingehen, bevor ich zu weiteren Grünen Haushaltsanträgen zur Einleitung einer dringend notwendigen Verkehrswende in Essen komme.

Als am 15. November das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen auch für Essen ein ab Juli 2019 geltendes Dieselfahrverbot verhängt hat, war der Schock bei Vielen groß.

Umso mehr, da in Essen immerhin 18 Stadtteile und erstmals auch eine Bundesautobahn – nämlich die A 40 im Zentrum der Stadt – vom Fahrverbot betroffen ist.

Das Verwaltungsgericht kam zu dem Urteil, dass die vorgesehenen Maßnahmen aus dem veralteten Luftreinhalteplan der Stadt Essen (aus 2008, fortgeschrieben 2011) nicht ausreichen werden, um den Stickoxid-Grenzwert nachhaltig und zeitnah bis 2020 einzuhalten.

Wirklich überraschend war das Urteil aber nicht! Denn die EU-Grenzwerte zu den Luftschadstoffen gelten ja schon seit 2010 und werden in Essen bereits seit vielen Jahren an den fünf Hot-Spot Straßen überschritten. Das heißt aber auch, dass die Stadt und die Politik in Essen mindestens 8 Jahre lang das Problem verschlafen hat und wohl auch weiterhin verschlafen wird, wenn wir uns ansehen, wohin die GroKo mit ihrem heute noch zu verabschiedenden „immer heiter – mal so weiter“

Priorisierungsantrag zum „Masterplan Verkehr Essen 2018“ steuern will.

So soll die Maßnahme „Priorisierung des ÖPNV im Straßenverkehr“ aus den prioritär zu verfolgenden Maßnahmen rausgenommen werden und stattdessen u. a. die neue umweltsensitive Ampelsteuerung - die vor 2020 eh nicht installiert sein wird - mit anderen Verkehrslenkungsmaßnahmen höher priorisiert werden. Die Einrichtung eines Busshuttles im südlichen Bereich der B 224 will sie gleich ganz aus dem Maßnahmenprogramm streichen.

Herr Oberbürgermeister liebe Kolleginnen und Kollegen,

dieser Antrag macht deutlich, dass die GroKo immer noch eine gestrige Autovorrangpolitik betreiben will und nicht verstanden hat, dass die 21 Mio. Euro des Bundes für das „Sofortprogramm saubere Luft“ insbesondere den öffentlichen Nahverkehr stärken sollen.

Dieses Ziel führt die GroKo durch ihren Antrag ad absurdum!

Das Problem bei der „Lead-City-Förderung“ ist allerdings die fehlende Nachhaltigkeit, da die Finanzierung nach zwei Jahren wieder ausläuft und nicht zu erwarten ist, dass Bund und Land eine Weiterfinanzierung zusagen werden. Denn dem Bund ging es bei seiner Förderung in erster Linie darum, kurzfristige Maßnahmen zur Vermeidung eines Dieselfahrverbots zu unterstützen. Wir in Essen sollten aber mehr aus dieser Förderung machen und aus eigener Kraft die Verkehrswende in Essen weiter voranbringen.

Eine zentrale Grüne Forderung ist deshalb unser Haushaltsantrag zur Bereitstellung von Finanzmitteln für die Erstellung eines „Essener Stadtmobilitätsplans“. Denn bisher gibt es leider nur sektorale Planungen, wie den Luftreinhalteplan, den Lärminderungsplan und den Nahverkehrsplan.

Wichtig wäre aber die Erarbeitung eines übergreifenden und strategisch ausgerichteten Konzepts zur Mobilität der Zukunft.

Wir dürfen uns jetzt durch Untätigkeit nicht die Chance entgehen lassen, dem Berufungs- bzw. dem Oberverwaltungsgericht zu zeigen, dass wir als Stadt Essen - die immerhin Grüne Hauptstadt war - willens sind, große Kraftanstrengungen zu unternehmen, um die Stickoxidgrenzwerte einzuhalten und zukünftig weiter zu reduzieren.

Das, Herr Oberbürgermeister, würde auch ihrem Anliegen, die Menschen in dieser Stadt zu schützen – in diesem Fall vor schlechter, die Gesundheit gefährdender Luft – dienen!

Deshalb sollten wir uns in einer gemeinsamen Sondersitzung des Umwelt-, Planungs- sowie Bau- und Verkehrsausschusses nochmal auf zusätzliche Maßnahmen - aus der zweiten Fortschreibung des Nahverkehrsplans mit der Zielvariante C Kapazitätsausbau - verständigen, die über die Fortschreibung des Luftreinhalteplanes Ruhrgebiet hinausgehen.

Wir Grüne holen Sie, liebe SPD und liebe CDU, gerne aus dem Zustand

des Somnambulismus im Schlafwagenabteil ab, um dann gemeinsam mit Ihnen den Zug in Bewegung, die Bahn auf die Schiene, den Bus und das Rad auf die Spur zu setzen, um mit Ihnen - nicht motorisiert - Fahrt in die Zukunft aufzunehmen!

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen,

lassen Sie mich zum Abschluss meiner Ausführungen noch Folgendes festhalten: Wie Sie, Herr Oberbürgermeister, zur Einbringung des Haushalts in Ihrer Rede deutlich gemacht haben, sehen Sie unsere gemeinsame Aufgabe darin, „Zu schützen und zu dienen“! Wir als Grüne Fraktion hoffen, dass wir alle gemeinsam darunter nicht nur und auch nicht in erster Linie die Gewährleistung von Sicherheit, Sauberkeit und Ordnung im Stadtbild verstehen, sondern vor allem die Sicherung und Verbesserung der Lebensqualität für alle Bewohnerinnen und Bewohner dieser Stadt. Hierzu gehört der Gesundheitsschutz durch saubere Luft genauso wie bezahlbares Wohnen, kulturelle Vielfalt, ein breites Sportangebot und die Möglichkeit zur gleichberechtigten gesellschaftlichen Teilhabe für alle.

Und wie immer an dieser Stelle, möchte ich mich abschließend ganz herzlich beim Kämmerer und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung für die engagierte Arbeit bedanken, die sie in die Erstellung dieses Haushaltsplanentwurfes investiert haben.